

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon** 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4598

**Inseratenpreis:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

### Der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter beendet.

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der erneuten Abstimmung der Elektrizitätsarbeiter, die gestern im Laufe des Tages stattfand, wurden für die Wiederaufnahme der Arbeit 691, für die Fortsetzung des Streiks 989 und ungültig 11 Stimmen abgegeben. Die erforderliche Dreiviertelmehrheit für die Fortführung des Streiks ist nicht erreicht worden und somit der Streik beendet. Der Vorstand des Verbandes der Maschinen- und Heizer erläßt deshalb folgende Erklärung:

„Nachdem in der gestrigen Funktionärssitzung der Streikenden beschlossen wurde, erneut eine Abstimmung über das letzte Angebot vorzunehmen, hat diese im Laufe des Tages stattgefunden. Es wird dann das oben erwähnte Ergebnis festgestellt. Die erforderliche Dreiviertelmehrheit für die Fortführung des Streiks ist hiermit nicht erreicht und somit der Streik beendet. Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit mit der Direktion sind bereits durch die Betriebsratsmitglieder eingeleitet. Wir fordern hiermit alle Kollegen auf, die Arbeit sofort und geschlossen wieder aufzunehmen, wie sie sie niedergelegt haben. Im Interesse aller beteiligten Kollegen hat der Verbandsvorstand alles aufgeboten, die Bewegung zu einem ordentlichen Abschluß zu bringen. Kollegen! Weist alle Verdrehungen und Verdrängungen unverantwortlicher Personen zurück und haltet fest an eurer Gewerkschaft. Der Verbandsvorstand (Unterschrift): Kieße, Schlichting.“

Die Rathaus-Fraktion der USP. hat in ihrer gestrigen Sitzung sich mit dem Streik der städtischen Arbeiter beschäftigt. Sie gab der Meinung Ausdruck, daß bei der heutigen Zusammenkunft der Gemeinde die Möglichkeiten für eine friedliche Verständigung nicht entfernt erschöpft worden sind und daß deshalb der Streik nach keiner Richtung hin als gerechtfertigt erachtet werden kann. Die Fraktion erhebt aber den schärfsten Protest gegen die Verordnung des Reichspräsidenten, die sowohl das Recht der Selbstverwaltung der Gemeinden wie auch das Koalitionsrecht der Arbeiter verletzt.

Im Vorwärts veröffentlicht der Vorstand des Bezirks Berlin der SPD. folgenden Aufruf:

„Betriebsräte, Arbeiter, Parteigenossen! Die Kommunistische Betriebsrätezentrale in der Münzstraße will die Betriebsräte Groß-Berlins zu Sonntag, den 14. November, zu einer Versammlung einladen, in der sie einen Generalstreiksbeschluss durchzuführen will. Für die auf dem Boden der SPD. stehenden Betriebsräte gelten nur die Beschlüsse der Gewerkschaften und unserer Partei. Wir fordern daher die Betriebsräte auf, der Versammlung der Münzstraße fernzubleiben. Einer von dort ausgehenden Generalstreikparole wird die Arbeiterklasse sich mit allen Mitteln, erforderlichenfalls auch mit Gewalt, widersetzen.“

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Infolge der Wiederaufnahme der Arbeit war bis auf den Stadtteil Moabit Berlin gestern wieder voll mit Licht beleuchtet. Die Straßenbahnen haben in den Morgenstunden den Betrieb noch nicht voll wieder aufgenommen. Einzelne Linien verkehren jedoch bereits, und im Laufe des Vormittags soll der gesamte Betrieb wieder aufgenommen werden. Zwischen den Funktionären der Straßenbahner und der Direktion der Straßenbahn fanden erneut Besprechungen statt. Dabei erhoben die Straßenbahner die Forderung der Bezahlung der Streiktage und verlangten Klarheit über die beabsichtigte Maßregelung einiger Kollegen. Erst gegen 11 Uhr nachts konnte eine Einigung erzielt werden, auf Grund deren der Betrieb eine Zeit wieder aufgenommen wird. Die Frage der Bezahlung der Streiktage und die Frage der Maßregelung wird vom Magistrat in gesonderten Verhandlungen zum Austrag gebracht werden, da die Direktion nicht befugt ist, selbständig Beschlüsse zu fassen.

### Der Bergarbeiterverband gegen die Scheinsozialisierung der Stinnes und Konforten.

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Freiheit veröffentlicht ein Telegramm des Bergarbeiterverbandes aus Bochum, in dem es heißt: „Der unterzeichnete Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt in Uebereinstimmung mit dem Gesamtvorstand: Die Beschlüsse unserer maßgebenden Organisationsvertretungen und der einstimmige Beschluß des internationalen Bergarbeiterkongresses, der in Genf stattfand, fordern die Sozialisierung des Bergbaues. Der Vorschlag der Unterkommission des Reichswirtschaftsrates, kleine Aktien auszugeben, ist eine plumpe Fälschung des sozialistischen Gedankens und läuft auf eine Verklärung des Privateigentums hinaus. Der Verbandsvorstand verlangt daher von allen Verbandemitgliedern, daß sie die Stinnes-Silberbergischen Vorschläge betreffend keine Aktien oder einen ähnlichen Plan, energisch bekämpfen. Andernfalls würden die in Frage kommenden Kameraden gegen die Beschlüsse ihrer Organisation handeln und müßte daraus die einzig richtige Folgerung gezogen werden.“

### Die bürgerliche Presse als Schützer der Schieber.

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Vor einigen Monaten hatte die Polizei in einigen Berliner Hotels umfangreiche Untersuchungen wegen Wucherer-

schandts anstellen lassen. Es war auch zur Verhaftung eines Direktors des Edenhotels gekommen. Die bürgerliche Presse hat damals in voller Einmütigkeit nicht etwa gegen die Wucherpreise des Hotels, sondern gegen die Polizei Stellung genommen. Wahrscheinlich in der Furcht, sonst das so bedeutsame Inseratengeschäft der Hotels zu verlieren. Nunmehr stellt sich heraus, daß die Polizei wahrscheinlich mit voller Berechtigung vorgegangen ist. Das Wuchergericht ist nämlich über den Antrag des Staatsanwaltes noch weit hinausgegangen und hat die sofortige Eröffnung des Verfahrens gegen den Direktor des Edenhotels angeordnet und den Termin schon auf den 10. November festgesetzt. Der Hoteldirektor Brandt ist so schwer belastet, daß auch der Haftbefehl gegen ihn aufrechterhalten wird. Der gesamte Betrieb des Edenhotels, soweit er sich auf die Verpflegung der Gäste bezieht, ist vorläufig einzustellen, so daß der Hotelbetrieb sich auf Ueberlassung der Zimmer zu Wohnzwecken beschränkt und jede Verpflegung auch der Hotelgäste mit irgendwelchen Speisen und Getränken ausnahmslos unterjagt ist. Die bürgerliche Presse sieht diese neue Wendung der Affäre mit großer Verlegenheit an, da sie sich nunmehr ihrer Leserschaft gegenüber wird rechtfertigen müssen, weshalb sie in so unerhörter Weise die Schieber und wuchertreibenden Hotels in Schutz genommen hat.

### Einigung zwischen Italien und Südlawien.

Rom, 11. November. Stefani meldet aus Santa Margherita, daß die auf der Konferenz der italienischen und Südlawischen Delegierten gefassten Beschlüsse für Italien in jeder Hinsicht befriedigend sind. Die julische Grenze wird den Schmeberr einbezogen und bis an den unabhängigen Staat Fiume reichen. Die übrigen Fragen wurden kurz berührt und werden heute weiter besprochen werden.

Santa Margherita, 11. November. (Stefani.) Die südlawische Abordnung erklärte, die italienischen Vorschläge als gerecht anerkannt zu haben. Die Annahme dieser Vorschläge bildet eine feste und dauerhafte Grundlage für eine italienisch-südlawische Entente und Freundschaft. Der verständliche Geist der Abordnungen beider Länder sichert den zukünftigen Frieden in Mitteleuropa und auf dem Balkan.

Rom, 11. November. (U.) Die Einigung über das Abkommen zwischen Italien und Südlawien wird amtlich bestätigt. Giolitti wird nach Rapallo reisen, um das Abkommen zu unterzeichnen.

### Das tschechisch-jüdislawische Militärbandnis.

Prag, 11. November. Im Einvernehmen mit der südlawischen Regierung veröffentlicht die tschechisch-slowakische Regierung den Text der mit der südlawischen Regierung abgeschlossenen Konvention. Darin heißt es: Im Falle eines unprovozierten Angriffs seitens Magyars gegen eine der vertragsschließenden Parteien verpflichtet sich die andere, zur Abwehr der überfallenen Partei beizutragen. Keine der beiden vertragsschließenden Parteien kann eine Allianz mit einer dritten Macht ohne vorherige Verständigung der anderen Partei abschließen. Diese Konvention ist für zwei Jahre, beginnend mit dem Tage des Austausches der Ratifikationen, abgeschlossen. Nach Ablauf dieser Frist darf jede der beiden vertragsschließenden Parteien diese Konvention kündigen, welche jedoch noch für die Dauer von sechs Monaten, von der Kündigung angefangen, in Gültigkeit bleibt.

### Beteiligung der französischen Sozialisten an der Berner Konferenz.

Paris, 10. November. Der Verwaltungsrat der französischen sozialistischen Partei hat gestern abend beschlossen, die Einladung der schweizerischen sozialistischen Partei zu einer internationalen Konferenz in Bern anzunehmen. Zu Delegierten wurden ernannt: Renaudel, Jean Longuet, Philippe Faure und Poulse Samonau.

### Bereinigungsparteitag der Kommunisten.

Berlin, 11. November. Wie die Rote Fahne mitteilt, tritt auf Grund einer Vereinbarung der beiden Parteileitungen der Neu-Kommunisten und SPD. der nach den Beschlüssen des Hallischen Parteitages notwendige Vereinigungsparteitag am 4. Dezember in Berlin zusammen.

### Der Berliner Oberbürgermeister amtsinüde?

In Berlin geht das Gerücht um, daß der Oberbürgermeister Wermuth amtsinüde sei und zurückzutreten beabsichtige. Wermuth wird von den bürgerlichen Blättern äußerst scharf angegriffen, weil er angeblich mit den streikenden Gemeindefunktionären zu schonend umgegangen sei, vor allen Dingen aber die technische Nothilfe zu spät in Anspruch genommen habe. Ob das Gerücht mehr ist, als ein frommer Wunsch der Scharfmacher, ist bisher nicht zu erkennen gewesen.

### Gegen den Selbstschutz.

Magdeburg, 11. November. Der Oberpräsident Hüring hat die Regierungspräsidenten der Provinz Sachsen beauftragt, in schärfster Weise gegen alle Selbstschutzzorganisationen nach dem Muster der Orgesch vorzugehen und ihm über das Ergebnis innerhalb 14 Tagen zu berichten.

### Der 14. November.

Der sächsische Landtag ist kein Parlament eines großen Reiches und seine Befugnisse sind durch die Reichsverfassung von Weimar stark eingeengt. Dennoch haben ihm noch wichtige Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung, die das arbeitende Volk seinen Gegnern nimmermehr überlassen darf. Ein Sechstel der Einwohnerchaft Sachsens ist in seinen Lohn- und Arbeitsbedingungen direkt vom Staat oder von den Gemeinden, deren Verfassung wieder vom Staate bestimmt wird, abhängig, bezieht seinen Lebensunterhalt aus seiner oder seiner Ernährer Arbeit in den Betrieben und in der Verwaltung des Staates und der Gemeinden. 198 850 Arbeiter, Angestellte und Beamte zählen die Staats- und Gemeindebetriebe und Kemter an Arbeitenden und mit ihren Angehörigen bilden sie ein Heer von 798 000 Köpfen. Die Gehalts- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser großen Schar wirken natürlich hinüber auf die wirtschaftlichen Bedingungen, auf den Arbeitsvertrag aller andern in Sachsen tätigen Menschen. Und schon aus diesem Grunde haben nicht nur diejenigen, die direkt von Staat und Gemeinde ihr Brot erhalten, sondern auch alle andern Lohn- und Gehaltsempfänger ein sehr konkretes Interesse daran, wie der Landtag und wie die Regierung Sachsens ausfieht.

Dieser kommende Landtag wird über die Verfassung der Gemeinden beschließen. Wird festgestellt, ob das allgemeine Wahlrecht endlich zur Wahrheit werden soll in den Städten, ob die immer noch aufrechterhaltenen Privilegien der Besitzenden Klasse, die in dem Zweikammersystem, in der den Stadtverordneten gleichberechtigten Stellung des Rates verankert sind, endlich fallen sollen. Hier werden die bürgerlichen Parteien den erbittertsten Widerstand leisten. Von den Deutschen Nationalen bis zu den Demokraten wird es eine Einheitsfront gegen die volle Demokratisierung der Gemeinden geben.

Die Schule ist noch immer nicht die freie weltliche Einheitschule, die das Proletariat zu fordern hat. Auf tausenderlei Wegen werden Schillerkraft und Lehrerschaft noch dem Einfluß der Kirche zu unterwerfen gesucht. Auch hier sind die bürgerlichen Parteien einig in dem Bestreben, die freiheitliche Fortentwicklung des öffentlichen Erziehungswesens zu unterbinden, und die Rechtssozialisten haben ihnen bisher durch ihre Jaghaftigkeit, durch die Auslieferung der Schule an den demokratischen Bremser Selbst Vorstoß geleistet.

Das Landespolizeiwesen wird von Dresden geleitet. Es stellt einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor dar. Die Landespolizei in den Händen der bürgerlichen Parteien, die im Grunde genommen alle gegenrevolutionäre Parteien sind — siehe das brünstige Bekenntnis der Demokraten zur Orgesch — bedeutet eine gefährliche Bedrohung mehr der Republik und der Stellung der Arbeiterklasse.

Schon dieser flüchtige Ueberblick über das, was der Landtag trotz aller Beschränkung seiner Kompetenz noch zu leisten hat, zeigt, wie wichtig die Wahl des 14. Novembers ist. Zeigt, daß jeder Landtagswähler und jede Wählerin, die gleichgültig der Wahlurne fernbleiben, sich an ihren Lebensinteressen vergehen, ihren Feinden den Weg bereiten helfen. Wer nur ein wenig begriffen hat von den Aufgaben der Zeit, der weiß, daß auch am 14. November wie am 6. Juni bei den Reichstagswahlen das Wort gilt: Wahrecht ist Wahlpflicht! Jeder Proletarier, jede Proletarierin, die diese Pflicht veräumen, üben Verat an ihrer Klasse, an ihrer eigenen Sache!

Aber diese Wahl ist nicht bloß deshalb wichtig und bedeutsam, weil sie über die Zusammensetzung des sächsischen Landtags und der sächsischen Regierung für vielleicht vier Jahre entscheidet, weil sie die Grundlinien der sächsischen Politik für diese Zeit vorzeichnet. Die Bedeutung dieser Wahl geht weit über die grünen weissen Grenzpfähle hinaus. Sie wird im ganzen Reiche kämpfenden Lager im Reich, wird das Kraftverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie in ganz Deutschland beeinflussen. Denn hier in Sachsen geht es um die sozialistische Mehrheit im Landtag. Gelänge es, sie zu brechen, so wäre das eine gewaltige Ermunterung der Gegenrevolution, eine Verstärkung ihrer Kraft eine Inspiration ihrer Pläne auf Vernichtung der Republik und Wiederaufrichtung des alten unverfälschten und unumschränkten Systems der Knechtung des Proletariats, ihrer Pläne auf Wiedererrichtung des verrotteten monarchistischen Bundes und all der Niederträchtigkeiten und Entwürdigungen, die damit zusammenhängen. Ein Zurückdrängen des Proletariats in Sachsen, das würde den bürgerlichen Parteien das letzte Siegel unter ihre Nase bedeuten, daß die Revolution zurückgeht, daß die Kraft und der Wille der Arbeiterklasse gebrochen ist, daß die Zeit gekommen ist, wo sie sich auf die wenigen Ertragskräfte, die die Revolution für das arbeitende Volk gebracht hat, stützen können, daß sie den nächsten Tag meucheln, daß sie das Streikrecht strangulieren können, daß sie den toten Hengst des P. Wiswuchers unbekümmert um die Proteste der Hunernden und Sabotierenden fortziehen können in